

Verbands-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 14	Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis M. 1,50 pro Quartal. Redaktion und Expedition: Hamburg 25, Claus-Groth-Str. 1. Fernspr. 5.2246.	Hamburg, den 6. April 1918	Anzeigen kosten die flussgehaltene Non- parillseite oder deren Raum 50 Pfg. Der Betrag ist stets vorher einzulösen. Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.	32. Jahrg.
--------	--	----------------------------	---	------------

Zur frühjahrsagitacion für unsern Verband.

Wieder — zum vierten Male während des unseligen Kriegszustandes — ist die Zeit herangekommen, in der wir vordem gewohnt waren, mit unserer Aufklärung- und Werbetätigkeit reiche Ernte unter den noch unorganisierten Berufskollegen zu halten. Da konnten Tausende soeben, aus der Lehre kommende oder noch nicht vom Gedanken der Organisation erfasste Kollegen und solche, die der verfloßene Winter mit seinen sozialen Nöten jener wieder entfremdet hatte, für unsere Sache gewonnen werden. In Mitglieder- und Werkstattversammlungen, durch Hausagitacion, auf den Arbeitsstätten und bei vielen andern Gelegenheiten fehte der rührigste Teil der Kollegenschaft seine Ehre daran, unsere Reihen mit neuen Kämpfern für die Hebung der Lebenslage der Arbeiter allgemein und der im Maler-, Lackierer-, Anstreicher-, Tüncher- und Weißbindergerber im besondern zu füllen. Dann wuchs die Begeisterung für unsere gerechte Sache und sicherte uns Fortschritte über die verfloßene Zeit hinweg.

Wie anders seit Kriegsausbruch! Mehr als 30 000 unserer fähigsten Mitglieder leisten Kriegsdienst, andere sind vorläufig vom Berufe abgedrängt, und die im Berufe Verbliebenen werden gedrückt von Sorgen um ihre wirtschaftliche Existenz oder um das Los lieber Angehöriger an fernen Fronten. Solche gewaltigen Einflüsse vermindern natürlich die Summe an organisatorischer Kraft, die sonst unserm Verbands innewohnte und zu unausgesetztem Vorwärtsschreiten anregte.

Es kommt hinzu, daß die Lage unseres Berufes höchst ungünstig ist. Das Malergewerbe steht vor allem wegen des Mangels an Material nur wenig Arbeitskräfte an, und in den Betrieben der Kriegsindustrie, wo unsere Kollegen zurzeit entweder als Maler, Lackierer, Anstreicher oder außerhalb ihres Berufes arbeiten, sind sie zu zerstreut oder zu unregelmäßig beschäftigt; teils sehen sie dies alles auch nur als eine Uebergangsperiode an, die keine Organisationszugehörigkeit erfordert, teils handelt es sich um Reklamierete, Beurlaubte und Abkommandierte, die geistig zu stark unter dem Einfluß der Militärverhältnisse stehen.

So wenig wir all diese sich größeren agitatorischen Erfolgen entgegenstellenden Widerstände unterschätzen, so unbedingt notwendig müssen wir es doch erachten, trotz alledem — und gerade deshalb — unter Anspannung aller verfügbaren Kräfte neue Mitglieder unseres Verbandes zu werben und die ihm schon angehören zu treuen Anhänger unserer Gemeinschaft zu machen.

Das agitatorische Wirken unserer wenigstens von körperlichen Strapazen und von unmittelbaren Lebensgefahren verschonten Berufsgenossen ist jetzt nötiger als je. Jeder ist verpflichtet, in die Reihen einzubringen, die der Krieg in die Reihen unserer tätigen Mitglieder gerissen hat. Denn groß sind die Leistungen unserer Gewerkschaften und unseres Verbandes während der verfloßenen Kriegszeit — und noch größer sind die uns gestellten Aufgaben in den Monaten und Jahren nach Friedensschluß.

Wer wollte nicht anerkennen, daß das Eingreifen unseres Verbandes zugunsten der Arbeitslosen bei Kriegsausbruch sozial überaus hoch anzuschätzen ist. Die Arbeitslosenunterstützung aus den eigenen Reihen und das Einspringen von Staat und Gemeinde wäre ohne die Gewerkschaften nicht möglich gewesen; und möglicherweise wird nach Friedensschluß bis zur Behebung des auf der ganzen Welt vorhandenen Materialmangels größere Arbeitslosigkeit herrschen, die erneut unsere Hilfe erfordert.

Unausgesetzt kämpfen unsere Verbände gegen den großen Mangel und die unerhörte Verteuerung der Lebensmittel; wir würden weit schlimmere Zustände auf diesem Gebiete ertragen müssen, hätten wir uns bei diesem opferreichen Kampfe gegen die Folgen der feindlichen Aushungerungstaktik und gegen die gemeingefährliche Gesellschaft von Wucherern und Betrügnern nicht praktisch betätigt.

Unsern Kriegsbeschädigten, diesen unglücklichsten Opfern der gewaltigen Weltereignisse, die den gesamten Erdball erschüttern, leisteten wir Hilfe; ebenso den zur Arbeit kommandierten Berufsgenossen und den Familien unserer eingezogenen Kollegen.

Wir wirkten gegen gesundheitschädliche Erjakthoffe, mit denen unsere Kollegen zurzeit unter schwerer Krankheits- und Todesgefahr arbeiten müssen, und versuchten, mit unsern Arbeitgebern gemeinsam auf Grund bestimmt ausgearbeiteter Richtlinien für die wirtschaftliche und berufliche Hebung unseres Gewerbes hinzuwirken. Und unausgesetzt betrachten wir die Entwicklung der Verhältnisse, um für die Zeit der Uebergangswirtschaft gerüstet zu sein.

Die vornehmste Aufgabe aber haben wir — getreu unsern gewerkschaftlichen Grundätzen — in der Sicherung unserer Tarifverträge und in einer den Feuerungsverhältnissen möglichst angepassten Erhöhung der vor dem Kriege gezahlten Löhne. Erfreulicherweise ist dieses Bestreben von Erfolg begleitet gewesen.

Dreimal bereits kam es zu bestimmten Vereinbarungen über recht namhafte Lohnerhöhungen. Erst vor wenigen Wochen wurde mit den Arbeitgeberorganisationen des Malergewerbes eine

Teuerungszulage in Höhe von 15 und 20 % pro Stunde festgesetzt, wovon 10 und 15 % vom 15. März an zu zahlen waren und der Rest am 1. Juni in Kraft tritt. An manchen Orten wurden noch 5 % und vereinzelt noch darüber hinaus bewilligt.

Zusgesamt sind seit dem Ausbruch des Krieges 30 % bis 50 % pro Stunde auf den bisherigen Mindest- beziehungsweise auf den im Einzelfalle gezahlten Lohn vereinbart worden.

Wir wirkten unter andern ferner für die Bewilligung von Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen für unsere Kollegenschaft, besonders in kriegswichtigen Betrieben, und standen den Familien unserer Kriegsteilnehmer bei durch das Bedrängen der städtischen und staatlichen Behörden, damit sie die zuerst üblichen Unterstühtungen den fortschreitenden Teuerungsverhältnissen entsprechend erhöhten.

Dieser allgemeinen sozialen Tätigkeit entsprach auch das Wirken des Verbandes auf Grund seiner statutarischen Pflichten; ja er war sogar in der Lage, noch weit über diese hinausgehend, arbeitslosen Mitgliedern, vor allem aber den Frauen der zum Militär eingezogenen Verbandskollegen, besondere Zuwendungen zu machen.

Unsere Organisation vermochte seit dem Jahre 1914 bis Ende 1917 nicht weniger als

M. 1135 986

zur Unterstühtung unserer Mitglieder und der Familien unserer Kriegsteilnehmer auszusahlen. Bei dem ganz natürlichen Rückgang der Einnahmen und bei der Steigerung vieler anderer durch den Krieg hervorgerufener Ausgaben eine ganz gewaltige Summe.

Ueber die einzelnen Ausgabenposten für Unterstühtungszwecke seit 1914 unterrichtet folgende Zusammenstellung:

Jahr	Es wurden ausgegeben für										Insgesamt	
	Arbeitslosenunterstützung		Krankenunterstützung		Sterbeunterstützung		Mahnregelungunterstützung		Familien der Kriegsteilnehmer			
	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ
1914.....	175102	65	989240	85	28010	—	5842	70	57648	84	604842	84
1915.....	7819	00	78356	10	16530	—	64	20	77380	02	177948	22
1916.....	7082	05	82288	85	14860	—	202	20	77966	28	182318	88
1917.....	2198	50	83640	90	18250	—	101	67	67160	40	171851	47
Insgesamt...	191946	10	580526	20	77650	—	5710	77	280158	84	1135986	41

Trotz dieser großen Aufwendungen ist der Vermögensstand unseres Verbandes seit 1914 noch gestiegen, und zwar in der Hauptkassse von M. 552 518 auf M. 661 751 Ende 1917. Der Bestand der Filialkassen allerdings ist zurückgegangen. Erst im letzten Jahre wies die Hauptkassse eine Mindereinnahme auf. — Um diesem Zustand zu steuern und unsere Finanzen für die späteren großen Aufgaben gerüstet zu erhalten, ist vom 1. April an eine Beitragserhöhung für die Haupt- und für die Filialkassen in Kraft getreten; eine Maßnahme, die in den weitesten Kollegentreisen Befriedigung erregte, weil sie neue Hoffnungen für unsere fernere Leistungsfähigkeit erweckt.

Tausende Zuschriften unserer Mitglieder beim Militär, die allwöchentlich den „Verbands-Anzeiger“ zugesandt erhalten, zeugen davon, daß sie auch diese unsere Tätigkeit anerkennen und, geloben, nach dem Ende des fürchtbaren Krieges wieder mit uns gemeinsam kämpfen zu wollen.

Erfreulicherweise ist im Jahre 1917 trotz weiterer Einberufungen und Hilfsdienstpflicht kein weiterer Rückgang unserer Mitgliederzahl eingetreten. Ein Zeichen dafür, daß es nun wieder vorwärts geht.

Darum, Kollegen, ans Werk der Agitation! So schwierig auch die Verhältnisse: spannen wir alle Kräfte an, lassen wir ab von dem Gedanken, daß jetzt nichts zu erreichen sei.

Unsere Erfolge bei der Festsetzung günstigerer Lohnverhältnisse und bei unserer sonstigen änderen und inneren Verbandsarbeit, vor allem aber auch die Fortschritte, die einige Filialen in ihrem Mitgliederstande in den letzten Monaten durch besondere agitatorische Bemühungen machten, zeigen, daß wir sehr wohl auch jetzt imstande sind, unsere Mitgliederzahl zu erhöhen.

Zu jeder Kollege seine Pflicht, agitiert und organisiert, und die Erfolge werden nicht ausbleiben!

Gewerkschaften und preußische Landtagswahlreform.

Ein konservativer Landwirtschaftsblinder hat geäußert, der Arbeiter interessiere sich für ein Stück Wurst mehr als für die preussische Wahlrechtsreform. Mit dieser Einschätzung der Intelligenz des „gemeinen Mannes“ dokumentiert sich dieselbe hochmütige Funttergestimmung, wie sie in dem jauchzenden Diktum: „Vox populi, vox mandati!“ nicht allzuweit vom Ausdruck gekommen ist. Allerdings konzentriert sich heute zunächst das unmittelbare Interesse der fähigen Arbeitermassen auf die Frage: „Was sollen wir essen?“ — Die hamstern den Selbstverfänger und die wucherischen Schieber und Schleichhändler leiden nicht an Unterernährung.

Indessen muß doch selbsterkennend gesagt werden, daß große Teile der arbeitenden Bevölkerung, auch gewerkschaftlich organisierte, die volle staatspolitische und volkswirtschaftliche Bedeutung einer Demokratisierung des preussischen Landtages immer noch nicht begriffen haben. Zweifellos hat dazu die von der modernen Arbeiterbewegung unter dem ermattenden Einfluß einer unfruchtbareren Prinzipienreiterei lange gelübte Abstinenz gegenüber dem „verantwortlichen Dreiklassenparlament“ reichlich beigetragen. Jahrzehntlang ist es arbeiterseits als eine unbedeutende Größe betrachtet worden, womit die agrarkonservativen Junker und die ihnen feindseligen Industriellen gern einverstanden waren. Sie haben währenddem ihre Position systematisch befestigt. Die Fraktion der Agrarkonservativen hat sich seit der 14. Legislaturperiode (1870/82) bis zur gegenwärtigen von 110 auf 148 Mitglieder vergrößert, obwohl gleichzeitig die Bedeutung des „Platten Landes“ gegenüber den Städten und Industriebezirken außerordentlich zurückging. In die Fraktionen der freikonservativen und der nationalliberalen Partei sind immer mehr ausgeprägte Vertreter des scharfmacherischen Programms des Zentralverbandes der Industriellen aufgenommen. Das sind jetzt die Hauptkronleure gegen die Regierungsvorlage, obwohl sie das „Serrenhäus“ als Prellbock gegen die Demokratie ausbauen will. Die Zentrumsfraktion nahm ein paar Arbeiter als Konzeptionskandidaten auf, die linksliberale Gruppe der Volkspartei tat das nicht einmal. Seit 1908 hat ein kleines Fähnlein Sozialdemokraten Eingang in das Haus an der Ring Albrecht-Strasse gehalten — „aber was ist das unter so viele?“ 10 unter 148! Das langt nicht einmal zur Erfüllung eines selbständigen Antrages, gestattet also kein initiatives Vorgehen. Die Vermögens- und Einkommensentwicklung in Preußen hat die Wahl von unabhängigen Arbeitervertretern zum Landtag immer mehr erschwert, und wenn nun das gleiche Wahlrecht, ohne jede Rücksicht auf Besitz, Einkommen oder sonstige Sonderprivilegien, nicht zur Anerkennung gelangt, dann werden die Kriegsbetrücker die preussische Gesetzgebung am stärksten beherrschen.

Schon die Tatsache, daß der preussische Staatshaushaltsetat mit einer höheren ordentlichen Einnahme rechnet als selbst der Reichshaushaltplan — für 1918 sind die ordentlichen preussischen Staatseinnahmen auf 1.038.836.278 veranschlagt! — beleuchtet die außerordentliche Bedeutung einer direkten, ihrer Kopfzahl entsprechenden Beteiligung der breiten Volksmassen an der Gesetzgebung und Verwaltung des preussischen Staates. Die Beeinflussung der Reichsgesetzgebung durch Preußen auf dem Wege der stärksten Vertretung im Bundesrat ist im allgemeinen bekannt, wird aber unseres Erachtens von breiten Volksschichten keineswegs hinreichend gewürdigt. Die preussischen Bundesratsvertreter werden in ihrem Wirken direkt beeinflusst durch nicht mißverständliche Instruktionen der allen vollstimmlichen Reformen abholden Landtagsmehrheit. Das haben die demokratisch gesinnten Volksvertreter im Reichstag bei den wichtigsten gesetzgeberischen Aktionen deutlich genug zu spüren bekommen. Ob es sich da um die Ausgestaltung des bürgerlichen Rechtes, um das Strafrecht, die Wirtschafts- und Sozialgesetzgebung, nicht zuletzt um das den Gewerkschaften besonders nahegehende Vereins- und Verjämmlungsrecht handelte, stets wurde den durchreisenden Reformanträgen vom Bundesrat ein hartes „Nein!“ entgegengesetzt. Daß Preußen der Vater aller dieser Hindernisse war, ist gelegentlich selbst regierungsseitig eingestanden worden. Alles, was wir im Reich und Staate an ausnahmsgegesetzlichen Maßregeln und ihnen sinnverwandten Verordnungen erlebt haben und noch erdulden müssen, fand und findet im preussischen Landtage seinen Ausgangspunkt und seine Stütze. Die „echten Preußen“ haben nicht von ungefähr aus ihrer Sympathie mit den „echten Russen“ kein Vehl gemacht.

Darum sind gerade die Gewerkschaften aus einer Reihe sehr zristiger Gründe, die im einzelnen noch besonders besprochen werden können, außerordentlich interessiert an einer Demokratisierung des preussischen Landtagswahlrechts. Es sei vornehmlich hervorgehoben, daß der preussische Staat auch ein Unternehmen größten Stiles ist. Auf dem Gebiete des Verkehrswezens steht er mit der Größe seiner Unternehmung sogar an der Spitze in der Welt. Für das Staatsjahr 1918 rechnet die Eisenbahnverwaltung die Beschäftigung von 419.605 Beamten, Hilfsbediensteten und Arbeitern vor, für die an Gehältern, Löhnen usw. die Ausgaben auf 938.259 Millionen Mark etabliert ist. Nach dem Betriebsbericht für 1916 sind damals allein 235.770 Lohnarbeiter — darunter 39.183 weibliche — beschäftigt gewesen. Zahlreiche Branchen sind darunter vertreten: Mechaniker, Elektrotechniker, Maschinbau, Schlosser, Dreher, Schmiede, Holzarbeiter, Lederarbeiter, Maurer, Zimmerer usw. Noch immer sträubt sich die Verwaltung gegen die Einführung mit den Gewerkschaften abgegebener Tarifverträge und findet damit natürlich den Beifall der Privatunternehmer im Zentralverband. Dem Ministerium für öffentliche Bauten ist das Bauwesen und die Bauproduktion (Winnenschiefschiffstraßen) unterstellt, es hat demnach starken Einfluß auf die Verhältnisse der Bauarbeiter und der Manufakturisten in der Binnenschiffahrt. Eine Wirkung von Vertretern der Ar-

betterorganisationen bei der Regelung in den fraglichen Betrieben ist bisher noch stets unterblieben. Dem Tarifgedanken wäre eine sehr breite Bahn gebrochen, wenn sich die staatlichen Verwaltungen dazu verstanden, ihn in ihren Betrieben rückhaltlos anzuerkennen. Diese Anerkennung verweigert auch immer noch grundsätzlich die Verwaltung der staatlichen Erben, Hütten, Salzwerte und Salkunen, in deren Anlagen vor dem Kriege schon über 100.000 Arbeiter tätig waren. Der preussische Staat ist auch der größte montanindustrielle Unternehmer Europas, und würde die Befreiung der fiskalischen Verwaltung zur rückhaltlosen Anerkennung der Gewerkschaften zweifellos der Anfang vom Ende des kaisers Herrschaftspunktes der „schweren“ Zechen, Eisen- und Stahlindustriellen bedeuten. In umfangreicher Weise betätigt sich der preussische Staat ferner als landwirtschaftlicher Unternehmer. Die Zahl der auf den fiskalischen Domänen und in den gleichen Vorstern beschäftigten Land- und Forstarbeiter ist auch eine recht bedeutende, bestimmte Angaben darüber leider nicht gemacht. Aber schon die Mitteilung, daß der Fiskus für das Staatsjahr 1918 aus seinen Domänen und Vorstern einen Reinertrag von 140,8 Millionen Mark erwartet, 31,0 mehr als im Vorjahre, kennzeichnet auch diese staatliche Verwaltung als eine volkswirtschaftlich sehr wichtige. Hier sei hervorgehoben, daß der Fiskus für 1918 aus seinem Holzverkauf infolge der steigenden Holzpreise (1) eine Einnahme von 175 Millionen Mark plant, noch 61,4 Millionen mehr als 1917, womit der Fiskus eingestuft, an der ungeheuerlichen Verteuerung des Holzes für Bauten, Möbel usw. kräftig mitzuwirken! Die enorme Erhöhung des eingeleiteten Reingewinns läßt aber nicht darauf schließen, daß den Land- und Forstarbeitern entsprechend erhöhte Löhneinnahmen zufließen sollen. Wie denn überhaupt mit der unwürdigen rechtlichen und sozialen Lage der Land- und Forstarbeiter und vornehmlich des „Gesindes“ erst aufgeräumt werden wird, wenn die feudale Mehrheit im Dreiklassenparlament mit diesem verschwindet.

Man darf ferner nicht übersehen, und daran sind die Gewerkschaften am unmittelbarsten interessiert, daß die Ausführung der wichtigsten reichsgesetzlichen Arbeiterverordnungen bei den Landeszentralbehörden übertragen sowie diesen die Kontrolle der gewerblichen Betriebe unterstellt ist. Das Thema der preussischen Gewerbeinspektoren ist ein Kapitel für sich und kein erfreuliches für die Arbeiterschaft. Regelmäßig hat das sozialdemokratische Fähnlein im Landtag bei jeder Staatsberatung eine zeitgemäße Reform der amtlichen Gewerbeinspektion durch die Zuziehung von Hilfsinspektoren aus der Arbeiterschaft verlangt. Der preussische Bureaokratismus, bestärkt durch die zahlreichen privatkapitalistischen Interessenten im Dreiklassenparlament, hat diese gewerbepolizeiliche Reform hartnäckig verweigert, lehnt auch die ausreichende Einstellung von weiblichen Inspektoren ab, obwohl die gewerbliche Frauarbeit immer größere Dimensionen annimmt. Auch gegen die Bestellung von Bauarbeiterkontrollleuren aus den Reihen der Bauarbeiter sträubt sich die Verwaltung der öffentlichen Bauten auf das Heftigste. Ueberall Stagnation, wenn nicht gar Rückschritte auf diesem für unser Volkswohl so eminent wichtigen Gebiete.

Bei dieser Sachlage müssen es die Gewerkschaften als ihre Aufgabe betrachten, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden und zurzeit geeignet erscheinenden Mitteln den Kampf für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Landtagswahlrecht für Preußen nachdrücklich zu unterstützen. Hier handelt es sich in der Tat nicht um eine „rein preussische Angelegenheit“, sondern um eine Lebensfrage der Arbeiter Deutschlands! Der „Vater aller Hindernisse“ gerade auf den Gebieten, die unsere Gewerkschaften zunächst angehen, muß verschwinden. Die Regierungsvertreter haben sich jetzt entschieden für das gleiche Wahlrecht erklärt. Unsere Gewerkschaften sind berufen, die Junker- und Scharfmacherfronde brechen zu helfen, wenn sie nicht anders will.

Unsere Filialen unter dem Kriegszustande.

Dresden. (Jahresbericht.) Wieder liegt ein volles Kriegsjahr mit all seinen Schrecken und Opfern an Gut und Blut hinter uns. Mehr noch als im vorigen Jahre hat die Menschheit und ganz besonders die arbeitende Klasse die schweren und fast erdrückenden Lasten ertragen und weitere Not und Entbehrungen aller Art erdulden müssen. Zu den unermesslichen Opfern, die der Krieg auch in diesem Jahre wieder gefordert hat, unter denen Tausende und aber Tausende unserer Arbeitsgenossen auf den Schlachtfeldern wieder verbluten mußten, stand das Jahr 1917 mehr noch als das Vorjahr unter dem Zeichen ganz abnormer Preissteigerungen, die zur Folge hatten, daß die Lebenshaltung der Arbeiterschaft immer mehr herabgedrückt und die Zustände immer trostloser wurden. Die Berufsverhältnisse des Malergewerbes sind auch im verfloffenen Jahre weiter ungünstig beeinflusst worden. Die Schwierigkeit in der Beschaffung der Materialien und die Qualität derselben machten sich immer mehr bemerkbar, so daß das Gewerbe und ganz besonders unsere Kollegen unter den Einwirkungen des Krieges zu leiden hatten. Die Folge war, daß dabei die Gesundheit der im Beruf beschäftigten Kollegen unter dem schädlichen Einfluß der meisten Giftstoffe wie auch durch die Unterernährung in hohem Maße gefährdet wurde, wie dies in vielen Fällen in Erscheinung trat. Zu alledem läßt die Entlohnung noch viel zu wünschen übrig. Wollte man die Arbeitslosigkeit nach der Zahl der offenen Stellen an unserm Nachweis beurteilen, so könnte es den Anschein besserer Arbeitsverhältnisse erwecken. Demgegenüber ist zu beachten, daß die Zahl der im Beruf Beschäftigten infolge weiterer Einberufungen und Berufswechsel in Betrieben mit besserer Entlohnung immer kleiner geworden ist. Die auszuführenden Arbeiten beschränkten sich im wesentlichen auf die allernotwendigsten Privatarbeiten und die von der Geesverwaltung ausgeführten Neu- und Umbauten.

Bei der Ueberzeugung ausgehend, daß die im Jahre 1916 bewilligten Zulagen von 5 bis 6 % mit der schon damals bestehenden und weiter in erschreckender Höhe ge-

stiegenen Teuerung in keinem Verhältnis stand, reichten unsere Vertreter an, daß weitere Stellung zu einer Zulage genommen werden müsse. Entgegen dem Beschlusse von 1916 war es den Vertretern der Arbeitgeber überlassen, diesmal von einer einheitlichen Regelung abzugehen und über die Höhe der Zulagen in den einzelnen Bezirken zu beschließen. Nach erfolgter Fühlungnahme mit dem Vorsitzenden des Dresdner Arbeitgeberverbandes beschloßen am 21. März die versammelten Vertreter vom Arbeitgeberverband für die Kreishauptmannschaft Dresden-Bauten eine Zulage von 10 % pro Stunde. Eine von den Gau- und Bezirksleitern beider Organisationen später erfolgte Verhandlung brachte für uns eine weitere Zulage von 2 %, die vom 15. Juli an gezahlt wurde. Die Zulage für 1917 für Dresden und Vororte betrug somit 12 %. Da in den Köhnhortschaften und im Blauen Grund in den letzten Jahren fast allgemein die Dresdner Löhne gezahlt wurden, war es für uns selbstverständlich, daß auch für die mit Dresden zusammenhängenden Orte die Zulage in gleicher Höhe von 12 % zu zahlen sei. Um so mehr mußte es fremden, daß dieses von der Leitung des Dresdner Arbeitgeberverbandes als zu weitgehend abgelehnt und uns erklärt wurde, daß diese 2 % nur für die Orte Lafewitz, Köschwitz und Weißer Hirsch in Betracht kommen können. An unsern Kollegen wird es liegen, die Zulage von 12 % auch in diesen Orten für sich geltend zu machen. Während sich in der Durchführung der Zulage von 12 % für Dresden und die Vororte keine Schwierigkeiten ergaben, ging es damit in den Bezirken nicht so glatt vonstatten. Obwohl sämtliche Firmen durch ein Rundschreiben in Kenntnis gesetzt wurden, machten sich in mehreren Bezirken noch besondere Verhandlungen nötig. Bei den Bautener Arbeitgeber, die nur 6 % zulegten, wurde durch mündliche Verhandlung erreicht, daß sie sich zur Zahlung der 10 % verpflichteten. Besonders hartnäckig, wie schon bei früheren Tarifverhandlungen so auch jetzt bei der Teuerungszulage, zeigten sich die Arbeitgeber der schiffischen Oberlausitz, die dem Bezirke des Arbeitgeberverbandes Schlesien zugeteilt sind. Am 10. Juni teilte uns der Vorsitzende mit, daß in ihrer Sitzung beschlossen worden sei, 5 %, auf seinen Vorschlag hin dann 6 % zu bewilligen. Diese Zulage trat am 1. Juli in Kraft. In Neugersdorf vermochten die organisierten Kollegen, die Zulage bei der Firma Hentich durchzudrücken. In Meißner ist die Zulage von allen Firmen gezahlt worden. Unsere Rieser und Nabeberger organisierten Kollegen haben die 10 % erhalten. In Pirna und im Pflaachwitz-Mügelner Gebiete mußte in einzelnen Fällen durch persönliche Auffuchen der Arbeitgeber nachgeholfen werden. In Großenhain versuchten wir, die Arbeitgeber durch Bekanntgabe der allgemein beschloßenen Zulage zur Bewilligung der 10 % zu bewegen. Während unser organisierter Kollege die volle Zulage erhielt, mußten sich die älteren und nichtorganisierten Kollegen mit 5 bis 7 % bescheiden. Schwierig gestaltete sich die Durchführung der Teuerungszulage in Freiberg. Auf unsere Eingabe an den Rat zu Freiberg wie auch an das Ministerium des Innern teilte man uns mit, daß seitens der Freiburger Gehilfen keine Wünsche laut wurden; die Verhandlungen mit der Malerinnung habe aber dazu geführt, daß eine Zulage von 5 % für Maler und 8 % für Anstreicher bewilligt worden sei, womit unsere Eingabe wohl als erledigt betrachtet werden könne. Da unsere organisierten Kollegen zum Teil bei einer Firma die 10 % erhielten, sahen wir von weiteren Maßnahmen ab. In den Kunstwerkstätten Sellaer wurden nach schriftlichem Austausch mit der Firma die Teuerungszulage von 10 % und auch die weiteren 2 % unsern dort beschäftigten Kollegen bewilligt und vom gleichen Zeitpunkt an wie in den Malergeschäften gezahlt. Durch Eingabe und spätere persönliche Verhandlungen mit der Firma Gläser, Hofwagenfabrik, wurde, anlässlich der den übrigen Branchen gewährten Zuschläge, unsern Kollegen eine weitere Zulage von 5 % gewährt. Von Erfolg war auch unser Vorgehen bei der Waggonfabrik Bauten, L.-G., vormals Busch, in der Wäbelfabrik Wertschütz, Cunnorsdorf, bei der Firma Eschbachsche Werke, Nabeberg, bei der Firma Gebrüder Sed, Dresden und in der Seifenfabrik Gröba bei Riesa.

Wenn unter der gegenwärtigen Kriegszeit mit all ihren schlimmen Einwirkungen an eine Agitation, wie sie unter normalen Zeiten möglich war, nicht gedacht werden kann, die zu entfaltender Tätigkeit sich mehr auf die Kleinarbeit beschränken muß, so wäre es doch verfehlt, wenn nicht auch jetzt zur Stärkung der Organisation und Gewinnung neuer Mitglieder alles getan würde. Trotz aller entstandenen Lücken durch Einberufung tätiger Kollegen mußten wir bemüht sein, die im Beruf verbliebenen Kollegen zur Mitarbeit heranzuziehen. Leider fanden wir nicht die entsprechende Unterstützung. Trotzdem konnten 103 Mitglieder neu gewonnen werden.

Unsere Hoffnung am Jahreschlusse 1916, den Mitgliederbestand auf gleicher Höhe zu halten, hat sich leider nicht erfüllt. Wieder sind uns 183 Kollegen durch Einberufung entzogen worden, so daß einem Zugang von 146 ein Abgang von 210 gegenübersteht. Nicht gerechnet die zurückgemeldeten, die zum Teil wieder einberufen wurden, und einige der ohne Abmeldung abgereisten meist jüngeren Kollegen, die als einberufen zu berechnen sind, waren bis zum Jahreschlusse 1490 Kollegen als einberufen zu buchen. Die durchschnittliche Mitgliederzahl nach Mitgliederlisten betrug 508. Die Beitragszahlung kann als normal bezeichnet werden.

Auch im abgelaufenen Geschäftsjahre hat es trotz des weiteren Rückganges der Mitgliederzahl an Arbeit nicht gefehlt. Die Durchführung der Teuerungszulage, die zeitweise zu erledigende Hauskasserierung infolge Einberufung zum Militär und Wegzuges der bisherigen Funktionäre, das Auffuchen restierender Kollegen und anderes mehr macht das Einbringen des Angestellten an vielen Sonntagen notwendig. Alle zu beratenden wichtigen Fragen wurden in zwei erweiterten und neun engeren Vorstandssitzungen erledigt. Krankenunterstützung wurde ausgezahlt an 152 Kollegen in 167 Fällen. Die Auszahlung von Sterbegeld erfolgte insgesamt in 34 Fällen. Infolge der verhältnismäßig günstigen Arbeitsverhältnisse wurde Arbeitslosenunterstützung nur von 17 Kollegen für 124 Tage in Anspruch genommen. Die Weihnachtsumunterstützung wurde an 541 Frauen ausgezahlt. Die Gesamtsumme der Unterstützungen betrug M. 9957,50.

Unsere Eingabe an das Kriegsernährungsamt, im Maler- und Lackierergewerbe Beschäftigten auch für Winterzeit in die Liste der Schwerarbeiter aufzunehmen, da dahin beantwortet: Die in Kriegsbetrieben beschäftigten Maler und Lackierer, soweit sie über acht Stunden arbeiten, werden bereits als Schwerarbeiter geführt und ihnen die entsprechende Brotzulage. Auf die in Werkstätten beschäftigten Maler und Lackierer, die unter acht Stunden arbeiten, könne der Begriff Schwerarbeiter nicht befristet werden, da dies weitere Folgen haben würde, die dazu erforderlichen Mehlorräte nicht vorhanden sind.

Während zu Beginn des Jahres durch die strenge Kälte die Arbeitsmöglichkeit etwas gehemmt wurde, konnten nach freierer milderer Witterung die 17 auf dem Arbeitsmarkt eingeschriebenen arbeitslosen Kollegen bald untergebracht werden. Die Arbeitsgelegenheit war auch in den letzten Monaten günstig, und vom März an war durch den ganzen Sommer ein ständiger Schiffsmangel zu verzeichnen.

Auch im verfloffenen Jahre haben wir die Erledigung der Post als eine unserer wichtigsten Aufgaben betrachtet und mit Eifer und Gewissenhaftigkeit die Zustellung des „Rechts-Anzeigers“ an unsere selbstgewählten Kollegen erwirkt. Mit 918 Kollegen standen wir in Verbindung. Die eigenen Dankesworte und der häufige Ausdruck der Liebe in Briefen und Karten unserer Kollegen beweisen, daß ihnen die geistige Verbindung mit uns und unsere Organisation ein ebenso großes Bedürfnis ist, wie es uns der Fall ist.

In tiefer Trauer gedenken wir bei unserm Rückblick lieben Freunde, die uns während des Krieges und auch diesem Jahre für immer entzissen wurden. Mit Schmerz und Weh erfüllt es uns, daß wir wieder 84 treue und liebe Kollegen, meist langjährige Mitglieder, verloren haben, auf den Schlachtfeldern verbluteten oder in den Lagern verstorben sind, deren Verlust wir aber alle auf uns bedauern. Als den schmerzhaftesten Verlust, der uns offen hat, müssen wir den Tod des Vorstehenden der Berliner Filiale, des Kollegen Noack, beklagen. Durch sein jahrelanges, treues und unermüdetes Wirken für unsere Organisation, insbesondere für die Filiale Dresden, für die, wie so mancher der Gefallenen, sein Bestes hingeben hat, wird er uns immer ein Vorbild bleiben. Wir denken uns seiner stets ehrend erinnern! Auch den Verbundenen 15 Kollegen der Heimarmee durch den Altbürgermeister haben wir zu beklagen. Die beste Ehrung unserer toten und verstorbenen Kollegen sei das Gedenkbuch, in dem Sinne zum Wohle der Organisation auch weiter zu sein.

In das Berichtsjahr 1917 fiel auch das Jubiläum des hundertjährigen Bestehens der Filiale Dresden, in dem wir in Rücksicht auf die außergewöhnlichen Verhältnisse von einer Gedenkfeier absehen mußten und es in der Versammlung am 20. April mit einem Rückblick auf die Kämpfe und die Entwicklung der Filiale beendeten, so wollen wir an dieser Stelle doch kurz das Gedenkbuch erwähnen. Am 1. April 1892 war es eine kleine Gruppe von 11 gestandenen Kollegen, die den Zentralisationsgedanken durchführte. Die Saat der wenigen, zum Teil heute noch lebenden und weisenden Mitbegründer, hat gute Früchte gezeitigt. In den 25 Jahren war es möglich, die Unternehmerrichtungen, die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, den Bauarbeiterbeschütz und die Bekämpfung der Verhältnisse zum Wohle der Gesamtorganisation zu erwirken und zu erweitern. Die Organisation hat auch den größten Stürmen standgehalten; selbst die erbitterte Ausgrenzung im Jahre 1913 und der über drei Jahre tobende Weltkrieg vermochten den stolzen Bau nicht zu vernichten. Unsere Aufgabe ist es nun, im Sinne der Begründer der Filiale Dresden dieselbe durch festes Zusammenstehen weiter auszubauen, damit bei dem bald zu erhoffenden Friedensschluß die heimkehrenden Kollegen eine starke und geübte Organisation vorfinden.

Frankfurt a. M. Am 3. März fand unsere Jahresgeneralversammlung statt. Nach Eröffnung der Versammlung und Berichten erstattete Kollege Gens den Jahresbericht. Die Filiale hat sich auch im vierzehnten Kriegsjahre behauptet und der Mitgliederbestand noch um 23 vermehrt. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresabschluss 218. Vom Militär gemeldet haben sich 55, während 84 im Laufe des Jahres einberufen wurden. Beim Militär befanden sich insgesamt am Jahresabschluss 419 Mitglieder. Gefallen sind jetzt 83 Kollegen. Die Teuerungszulage von 10 % pro Stunde, die die Arbeitgeber auf unser Ansuchen befragt, wurde allgemein zur Durchführung gebracht. In der Waggonfabrik von Gebrüder Castell in Osnabrück erreichten unsere Kollegen durch ein gemeinsames Vorgehen mit der übrigen Arbeiterschaft eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um drei Stunden und eine entsprechende Erhöhung der Grundlöhne und des Abforders um etwa 10 pSt. Weiter gewährte die Firma Ende des Jahres eine weitere Teuerungszulage. Die Arbeiter der Opelwerke in Rüsselsheim erreichten den zehnprozentigen Zuschlag zu den Abfordern. In der Filiale selbst war das Versammlungsleben auf das höchste Maß beschränkt, dagegen fanden für die Lackierer Opelwerke und der Waggonfabrik Gebrüder Castell mehrere Betriebsversammlungen und Besprechungen statt. Abopfendungen gingen 1870 ab, und zwar in regelmäßiger Weise alle drei Wochen drei Nummern des „Rechts-Anzeigers“. Die Einnahmen der Filiale betragen M 14 827,59, die Ausgaben M 13 565,53, so daß ein Reinertrag von M 1262,06 verblieb. Unter den Ausgaben nimmt die Krankenunterstützung mit M 5628,20 den größten Betrag ein, die Sterbeunterstützung betrug M 1266; an Familienunterstützung gelangten M 1266 zur Auszahlung, und an Arbeitslosenunterstützung M 72. In der Hauptklasse wurden M 2000 gesandt, die jedoch durch den Zuschuß in derselben Höhe wieder ausgeglichen wurden. Der Bericht wurde ohne Diskussion zur Kenntnis genommen und dem Kassierer Entlastung erteilt. Nachdem der Wahl der Filialverwaltung vorgenommen war, referierte der Bezirksleiter, Kollege Zimmermann, über die Verhandlungen der weiteren Teuerungszulage und die Verlängerung des Reichstarifs. In der Diskussion wurde

herborgehoben, daß die Teuerungszulage von 20 % pro Stunde sehr notwendig sei, um einigermaßen einen Ausgleich gegenüber den erheblichen Preissteigerungen der Lebensmittel usw. zu bieten; jedoch werde auch die neue Zulage, die durch die Preissteigerung eingetretene Belastung auch nicht annähernd ausgleichen. Einstimmig wurde der getroffenen Vereinbarung zugestimmt. Zur Beitragserhöhung schlug die Filialverwaltung vor, den Beitrag für die Filialklasse ebenfalls um 10 % die Woche zu erhöhen. Der Antrag fand einstimmig Annahme. Mit der Aufforderung des Vorstehenden, auch in Zukunft fest zur Organisation zu stehen und unablässig für dieselbe zu wirken, fand die stimmungsvolle verlaufene Versammlung ihr Ende.

Plauen i. V. Am 10. März nahmen unsere Mitglieder Stellung zu den stattgefundenen Verhandlungen über die Teuerungszulage. Kollege Köhler konnte dabei berichten, daß auch die Malermeister in Plauen, die zwar seit der letzten Aussperrung dem Arbeitgeberverbande nicht mehr angehört, durch den Beschluß ihrer Zwangsvereinigung ihr Einverständnis mit den Vereinbarungen über die Höhe der Zulage bekundet hätten. Demnach tritt ab 15. März eine Teuerungszulage von 15 % pro Stunde ein. Eine weitere Zulage von 5 % ab 1. Juni 1918 wird folgen. Obwohl durch diese Zulage die Teuerung nicht behoben wird, war man doch der Ansicht, daß zunächst eine Verbesserung erzielt sei. Dort, wo die Möglichkeit besteht, sollen die Kollegen einzeln an den Meister herantreten, um weitere Zugeständnisse zu erwirken. Zur Beitragsfrage wurde nach eingehender Aussprache einstimmig beschlossen, von der vierzehnten Beitragswoche ab eine Erhöhung von 10 % für die Hauptklasse und 10 % für die Filialklasse eintreten zu lassen. Demnach beträgt der Beitrag ab vierzehnter Woche in der ersten Klasse M 1, in der zweiten Klasse M 1,20 und in der dritten Klasse M 1,40. Nachdem auch in den Reihen der Kollegen dieser Regelung zugestimmt haben, erklärte sie sich nunmehr auf das ganze Filialgebiet. Zahlreiche Zuschriften aus dem Felde zeigen aber auch, daß allgemein diese Beitragsregelung anerkannt wird. Jedenfalls wird dadurch eine Grundlage für ein erfolgreiches Wirken zur Wahrnehmung der Interessen unserer Kollegen geschaffen. Bei Besprechung der gegenwärtigen Lage kam noch das Einverständnis mit der Tätigkeit der Verbandsleitung und den Beschlüssen des Rates zum Ausdruck.

Bewerkschaftliches.

Ubergangswirtschaft und Textilarbeiter. Die außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes, die im vergangenen Sommer in Augsburg tagte, setzte eine Kommission für Ubergangswirtschaft ein. Von ihr ist jetzt eine Denkschrift herausgegeben worden, in der das Ergebnis der Beratungen von dem Verfasser Fädel-Berlin zusammengestellt ist. Die deutsche Textilindustrie ist vom Kriege besonders schwer betroffen worden, weil es ihr durch die Kriegsmassnahmen halb an Rohstoffen fehlte, die in immer geringerer Maße vom Auslande eingingen, und deren Bestände zudem von der Heeresverwaltung mit Beschlag belegt wurden, so daß für die Friedfertigung des bürgerlichen Bedarfs immer weniger übrig blieb. Der Textilarbeiterverband hielt sich daher für berufen, im Gesamtinteresse eine Reihe von Forderungen zu erheben, von deren Erfüllung er sich wenigstens eine teilweise Lösung der Frage, wie dem Rohstoffmangel entgegengewirkt werden könne, verspricht. Er verlangt deshalb für den Friedensschluß: Sofortige Freigabe aller im Besitz der Kriegserzeugnisse befindlichen Rohstoffmengen, Kunstwollen- und Lumpenmengen, wie auch der im Besitz der Heeresverwaltung befindlichen Stoffe und fertigen Kleider für die Zivilbevölkerung. Förderung der Erzeugnisse, sowie Verbilligung und Verbesserung ihrer Erzeugnisse, Bevorzugung der Textilindustrie bei Verteilung des Schiffsraumes und anderer Verkehrsmittel zwecks Herbeischaffung von Rohstoffen und Halbfabrikaten, Befreiung der Schranken, die der Einfuhr von Garnen, Halbfabrikaten, Stoffen und fertigen Kleidern entgegenstehen, Beteiligung des Großhandels beim Einkauf von Rohstoffen, Halbfabrikaten, Stoffen und Kleidern auf dem Weltmarkt unter scharfer Kontrolle von Reichsinstanzen, gerechte Verteilung der erhältlichen Rohstoffe an alle Unternehmer, Durchführung einer Rohstoffaktion zugunsten der stillgelegten kleinen und mittleren Betriebe durch Bevorzugung bei Verteilung des Rohstoffes und der Betriebsmittel, Durchführung der Rationierung der Rohstoffe für alle Betriebe unter Mitwirkung der Arbeiterschaft als kontrollierendem und regelndem Organ, vorbereitende Schritte zum Abbau des dem Volksinteresse widersprechenden Polystyrensystems und Heranziehung der Textilarbeiterorganisationen aller Richtungen zur Mitarbeit in allen Zweigen der Ubergangswirtschaft. — Diesen wirtschaftlichen Forderungen ist noch eine Reihe sozialpolitischer hinzugesetzt, wie Errichtung von Lohnämtern für die Heimarbeiter und gesetzliche Festlegung von Mindestverdienst für sie und für alle Zweige der Industrie, in denen staatliche Maßnahmen Produktion oder Verschleiß regeln, Nacht- beziehungsweise Neunstundentag, der freie Sonnabendnachmittag, Verbot aller Ueberstunden für Arbeiterinnen und jugendliche Personen, weitgehender Mutterschafts- und Säuglingsbeschütz und gesundheitlicher Schutz gegen die Gefahren aller Arbeit. Weiter werden paritätische Arbeitsnachweise gefordert, und zum Schluß wird auskömmliche Arbeitslosenunterstützung aus Mitteln der Textilarbeiterfürsorge für die Dauer der Arbeitslosigkeit an die Textilarbeiter, auch an die aus dem Heere entlassenen, verlangt. — Sämtliche Forderungen sind im einzelnen eingehend und überzeugend begründet.

Der Verband der Sattler und Portefeulher hat im Jahre 1917 einen günstigen Aufschwung genommen. Durch die abflauende Konjunktur und durch vermehrte Einzüge der Mitglieder zum Heeresdienst im Jahre 1916 war die Mitgliederzahl auf 8131 gesunken. Aber schon das erste Vierteljahr des Vorjahres zeigte eine starke Aufwärtsbewegung, die auch im Laufe des Jahres angehalten hat. Renaufnahmen wurden 12 185, darunter 7387 weibliche, gemacht; 2442 weibliche und 2568 männliche Mitglieder, einschließlich der Eingezogenen, mußten wieder abgehucht

werden. Die Zunahme beträgt insgesamt 7175 Mitglieder, gleich 88,2 vom Hundert. Es liegt also beinahe eine Verdoppelung des Mitgliederbestandes vor, bei dem weiblichen fast eine Verdreifachung. Der enorme Wechsel im Mitgliederstande ist vornehmlich auf die veränderten Produktionsformen in der Ausstattungsindustrie zurückzuführen. Die Verarbeitung der Ersatzstoffe, anstatt Leder, öffnete dem Einbringen der Hilfskräfte in diesen Beruf Tür und Tor, und heute sind mehr weibliche als männliche Kräfte in der Ausstattungsindustrie tätig. Im Laufe des Jahres hat die Verbandsleitung mehrere gut verlaufene Lohnbewegungen durchgeführt. Zunächst wurden die Mindestlöhne in der Ausstattungsindustrie wesentlich gesteigert und im Rahmen des Reichstarifs eine erhebliche Teuerungszulage durchgesetzt. Mit dem 30. September wurde dieser Vertrag gekündigt und jetzt, vor wenigen Wochen, wieder mit annehmbaren Verbesserungen erneuert. Deswegen wurde für die Lederwarenarbeiter, Reifensattler und Portefeulher für das Tarifgebiet Berlin, Offenbach-Frankfurt, Stuttgart und Freiberg in Sachsen eine beachtliche Erhöhung der Verdienste erreicht, so daß die Organisation mit dem Jahre 1917 sehr zufrieden sein kann. Eine Bewegung für die Treibriemensattler Deutschlands ist noch nicht abgeschlossen.

Die Massenverhältnisse haben sich gleichfalls günstig gestaltet, wenngleich die Kopfentnahme infolge der Mutation zurückgegangen ist. An Beiträgen wurden M 227 360 bereitgestellt. Die Ausgaben waren im allgemeinen recht mäßig. Insgesamt zahlte die Organisation an Unterstützungen durch die Haupt- und Lokalkassen M 71 860, darunter M 42 700 für Kriegsunterstützung. Während der ganzen Kriegsdauer hat der Verband bisher M 611 788 an Unterstützungen ausgezahlt. Trotzdem hat das Verbandsvermögen jetzt ein Million Mark überschritten. Eine Abstimmung Ende des Berichtsjahres sprach sich trotzdem für eine mäßige Beitragserhöhung aus, und das Wachstum des Verbandes ist dadurch nicht aufgehalten worden. Im neuen Geschäftsjahre soll eine durchgreifende Reform der Verbandsstatuten vorgenommen und ein Verbandstag abgehalten werden.

Sozialpolitisches.

Wohnungsbedarf bei Friedensschluß. In einer Erörterung der Schwierigkeiten des Wohnungsbedarfs nach dem Kriege kommt der bekannte Direktor des statistischen Amtes der Stadt Schöneberg, Dr. Rucznanski, im „Berliner Tageblatt“ zu folgendem Ergebnis:

In Friedenszeiten wurden im Deutschen Reich alljährlich etwa 850 000 bis 400 000 neue Wohnungen hergestellt. Mit Ausbruch des Krieges wurde die Bautätigkeit wesentlich eingeschränkt. Da aber zunächst mehr Haushaltungen aufgelöst als neubegründet wurden, nahm die Zahl der leerstehenden Wohnungen zu. Allmählich änderte sich jedoch das Bild. Kriegsbeschädigte und andere dienstuntaugliche Männer schufen sich einen eigenen Hausstand; kriegsgetraute Frauen, deren Mann noch im Felde war, bezogen vor oder nach der Geburt eines Kindes eine eigene Wohnung. So kam es, daß die Zahl der bewohnten Wohnungen wiederum erheblich stieg, und da die Zahl der vorliegenden Wohnungen kaum zunahm, ging die Zahl der leerstehenden Wohnungen zurück. Gegenwärtig herrscht schon in vielen Städten eine empfindliche Wohnungsnot, und wenn auch andere Gemeinden noch ein reichliches Angebot haben, so dürften doch jetzt im ganzen weniger Wohnungen leerstehen als in normalen Zeiten. Eine Mejerbe, aus der wir eine starke Nachfrage befriedigen könnten, haben wir also nicht. Mit Friedensschluß wird aber ein außerordentlich großer Wohnungsbedarf eintreten. Wie groß er sein wird, ist nicht bekannt, da das Reich und auch Preußen sich noch immer nicht dazu entschließen konnten, die erforderlichen Unterlagen zu schaffen. Ich möchte nun hier einmal versuchen, den Bedarf wenigstens annähernd zu schätzen. Da sind zunächst sehr viele, vielleicht 200 000, Kriegserfrauen, die zurzeit keine eigene Wohnung haben, bei der Rückkehr ihres Mannes aber eine Wohnung brauchen werden. Da sind ferner alle diejenigen, die mit Rücksicht auf den Krieg ihre Eheschließung aufgeschoben haben, nach Friedensschluß aber heiraten wollen. Ihre Zahl ist nicht gering. In Berlin wurden in den Jahren 1910 bis 1913 88 700 Ehen geschlossen, 1914 bis 1917 hingegen nur 67 634, also 21 076 weniger; in kleineren Städten war der Rückgang im allgemeinen noch größer; am stärksten war er auf dem Lande. Der gesamte Ausfall an Eheschließungen in der Kriegszeit dürfte bis jetzt etwa 1/2 Millionen betragen. Von den 1/2 Millionen Männern ist ein Teil gefallen, ein anderer scheidet durch Verkrüppelung oder Sichtung aus, ein weiterer kann infolge wirtschaftlicher Schwierigkeiten einweisen keine Ehe eingehen. Aber annähernd 1/2 Million werden schon im ersten Friedensjahre heiraten wollen, und wenn auch einige von ihnen bereits eine Wohnung haben und einige von ihnen Witwen mit eigener Wohnung eheschließen werden, so wird man doch den Wohnungsbedarf dieser Männer, die ihre aufgeschobene Heirat im ersten Friedensjahre nachholen wollen, auf 400 000 schätzen können. Dazu käme dann noch der Bedarf der zurückkehrenden Junggeheilen und Witwen, die bei ihrer Einberufung eine eigene Wohnung hatten und diese aufgegeben haben, der Bedarf der Auslandsdeutschen, die in den uns feindlichen Staaten zurückgehalten worden sind, nach dem Kriege aber in ihrer Heimat leben wollen, und der normale Lebensbedarf, der sich im Frieden auf jährlich 350 000 bis 400 000 belief. Hierfür dürften zur Not 150 000 neue Wohnungen genügen. Da man auch nach Friedensschluß zunächst auf Abbrüche verzichten wird, da die Zahl der Eheandidaten durch den Krieg dezimiert worden ist, da die wirtschaftlichen Verhältnisse zunächst wohl ehehemmend wirken werden, da unter den Bräutern verhältnismäßig viele Witwen mit eigener Wohnung sein werden, und da endlich eine wenn auch kleine Zahl von Leerwohnungen zur Verfügung stehen wird. Im ganzen müßten demnach etwa 750 000 neue Wohnungen bis zum Ende des ersten Friedensjahres hergestellt sein. Eine riesenaufgabe, deren Lösung man wahrlich nicht dem „freien Spiel der Kräfte“ überlassen darf! Insbesondere muß alles geschehen, damit die schon in den ersten Friedensmonaten benötigten neuen Wohnungen — sagen wir 300 000 — rechtzeitig bereitstehen. Um dies zu ermöglichen, müssen

unverzüglich die zur Herstellung der Baustoffe erforderlichen...

Genossenschaftliches.

Das Genossenschaftswesen und die Hausfrauen. Die Lebensmittelknappheiten...

Das Leben der Hausfrauen auch allmählich ein, sie werden sich ihrer Bedeutung im Wirtschaftsleben bewusst...

In und für sich erscheint es von vornherein richtiger zu sein, wenn die Hausfrauen in den bestehenden Konsumvereinen die Mitgliedschaft erwerben...

Verschiedenes.

Das Deutsche Kriegswirtschaftsmuseum. Als dessen Sitz ist bestimmt wurde, in im raschen Aufblühen begriffen...

Klasse der Bevölkerung wirtschaftliches Fortschritts vermittelnd wird, ferner in eine Bibliothek der in- und ausländischen Literatur...

Vom Ausland.

Schweiz. In Zürich kam es zu einer Arbeitsniederlegung der Maler. Mit der neugegründeten Vereinigung Zürcher Malermeister ist am 19. März ein Tarifvertrag abgeschlossen worden...

Literarisches.

„Die Glocke“, Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Barbis (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68).

Die „Sozialistischen Monatshefte“, redigiert von Dr. J. Bloch (Geschäftsstelle Berlin W 35, Potsdamerstraße 21h) haben eben das 8. Heft ihres 24. Jahrganges erscheinen lassen.

Der Preis des Heftes beträgt 60 ¢, der eines Vierteljahresabonnements M 3,60. Zu beziehen durch jede Buchhandlung in den Städten und Bahnhöfen...

Sterbetafel.

Hamburg. Am 17. März starb unser Mitglied Heinrich Gassebring, 59 Jahre alt. Am 21. Februar starb unser Mitglied Otto Krause, 26 Jahre alt.

Vereinstell. Bericht der Hauptkasse vom 25. bis 30. März. Eingekandt haben: Düsseldorf M.500, Elberfeld 300, Dammund 170, Berlin 500, Schwerin 125,73, Regnitz 70, Göttingen 100...

Neue Wertzeichen für das zweite Quartal wurden verandt: Aachen 300 B à 90, 100 à 110, 200 à 120, 400 B à 90, 100 à 110, 200 à 120...

Die Woche vom 7. bis 13. April ist die 15. Beitragswoche. Der heutige Nummer liegt Nr. 12 des „Correspondenzblattes“ bei.

Malereigenossenschaft für Nürnberg und Umgegend. Werkstätte: Sulzbacher Straße 7. Telefon 5120. Bilanz am 31. Dezember 1917. Mitglieder: 16, Geschäftsguthaben: M. 1290,00, Passivum: M. 18947,95.

Mein Verfahren zur Herstellung von Kitt! zum Dichten von Fußbodenfugen und Vertiefungen von Böden jeder Art...